



KV-Blatt-Service zur Bundestagswahl 2009

15 Prozent sind genug – oder: Diesmal geht es ums Ganze

Von Reinhold Schlitt und Eugenie Wulfert

Gesundheitsfonds, Honorarreform, Konkurrenz aus dem stationären Bereich ... im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes gab es viele Reizworte, die Verunsicherung und Wut bei der Ärzteschaft ausgelöst haben. Verraten und verkauft habe man ihre Interessen – und die Zukunft der medizinischen Versorgung sowieso. Im eigenen System gab es offene Schlachten um Geld und Macht. Und gegenüber der Politik? Heftige Vorwürfe wegen eines zunehmenden Staatseinflusses auf die medizinische Versorgung. In den Regierungsparteien und im Bundesgesundheitsministerium säßen die Drahtzieher einer Politik, die letztlich nur in der Rationierung enden werde. Und auch mit der Freiberuflichkeit ginge es immer mehr bergab.

Doch bei verbalen Beschimpfungen blieb es nicht. So mancher Arzt griff diesmal gerne auch zu „Argumentationshilfen“ seines Verbandes, plakatierte sein Wartezimmer mit politischen Botschaften – und die waren bisweilen deftig: „15 Pro-

zent für die SPD – mehr nicht“ lautete einer der plakativen Schlachtrufe. Die großen Berufsverbände gaben Wahlprüfsteine für die eigene Entscheidungsfindung heraus. Aber abgerechnet wird an den Urnen. Was also wählen? Welche Partei vertritt am ehesten die eigenen Vorstellungen von einer besseren Gesundheitspolitik, von mehr ärztlicher Freiheit und besserer wirtschaftlicher Absicherung?

Die KV-Blatt-Redaktion hat sich umgeschaut und die wichtigsten Aussagen der Bundestagsparteien zusammengestellt. Wahlprüfsteine der Verbände und Forderungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung sowie des jüngsten Deutschen Ärztetages ergänzen diese Übersicht.

Besonders wichtig war für uns die Frage: Wie sehen Versicherte und Patienten eigentlich die Gesundheitspolitik? Wie sicher wähen sie die Zukunft der bislang noch als gut empfundenen medizinischen Versorgung? Schließlich behaupten alle Akteure, in deren Namen und Interesse zu fordern und zu handeln.